

Pressemitteilung vom 9.7.2015

Anerkennung des Völkermords in Namibia: Eine offizielle Entschuldigung und direkte Verhandlungen mit den Ovaherero und Nama müssen folgen

Zum 100. Jahrestag des Endes der deutschen Kolonialherrschaft im heutigen Namibia hat der Präsident des Bundestages, Dr. Norbert Lammert, den Genozid an den Ovaherero und Nama endlich beim Namen und einen menschenverachtenden „Rassekrieg“ genannt. Lammert reagiert damit auf den wachsenden zivilgesellschaftlichen und politischen Druck in Namibia und Deutschland, endlich zur Versöhnung mit den Ovaherero und Nama beizutragen. Die vom Genozid betroffenen Gemeinschaften sind für den Verlust ihres Viehs und ihres Landes, das noch immer überwiegend im Besitz weißer Siedler ist, bis heute nicht entschädigt worden.

So ist dem Bundespräsidialamt am 6.7. - im Beisein einer hochrangigen Delegation der Ovaherero und Nama - der Appell „Völkermord ist Völkermord!“ übergeben worden. Mehr als 150 prominente Erstunterzeichner*innen aus Wissenschaft und Politik, Kirche, Kultur und Black Community in Deutschland sowie fast 50 NGOs und Netzwerke haben darin den Bundespräsidenten, den Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, den Genozid endlich offiziell anzuerkennen und sich für diesen offiziell zu entschuldigen. Der Appell drängt darüber hinaus zur Rückgabe der vielen für rassistische Forschungen geraubten menschlichen Überreste aus Afrika und auf die überfällige Einbeziehung der Ovaherero- und Namavertretungen in die Verhandlungen mit der namibischen Regierung über geeignete Versöhnungsmaßnahmen. Anfang Juli haben auch Linkspartei und Grüne entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht.

Diese Forderungen greift Lammert jedoch nicht auf und entspricht dabei der bisherigen Linie der Bundesregierung, welche die direkt Betroffenen nicht als Verhandlungspartner anerkennen und keine Wiedergutmachung außerhalb der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit diskutieren will. So waren das NGO-Bündnis und die eigens angereiste namibische Delegation unter Leitung des Ovaherero Paramount Chiefs Vekuui Rukoro und der Parlamentsabgeordneten und Namavertreterin Ida Hoffmann am 6.7. im Berliner Bundespräsidialamt trotz Voranmeldung nicht zum Gespräch empfangen worden. Auch bei den Gedenkveranstaltungen am 7.7.2015, als sie Blumen für die Opfer des Genozids niederlegten und über den Genozid 1904-08 und über die gravierenden Folgen für die Gegenwart der betroffenen Communities berichteten, waren keine offiziellen Vertreter der Bundesregierung präsent.

Der in Berlin lebende Herero Israel Kaunatjike vom Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“ sagt: „Wir erwarten, dass sich Deutschland nun endlich zur offiziellen Anerkennung des Genozids entschließt, die geraubten Gebeine unserer Vorfahren herausgibt und eine förmlich Bitte um Entschuldigung gegenüber den Ovaherero und Nama ausspricht. Dann können wir – d.h. die betroffenen Ovaherero und Nama - mit der namibischen und der deutschen Regierung darüber verhandeln, unter welchen Bedingungen wir diesem Wunsch nachkommen werden. Mit Entwicklungszusammenarbeit hat dies alles nichts zu tun.“

Appell, Regierungsantwort, Oppositionsanträge, etc.: <http://genocide-namibia.net/>

Kontakt: Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“, 01799 100 976, buero[at]berlin-postkolonial.de